

JULIAN PHILIPP RAPP

# Revision, Kassation, Final Appeal

*Jus Privatum*

---

**Mohr Siebeck**

JUS PRIVATUM  
Beiträge zum Privatrecht

Band 274





Julian Philipp Rapp

# Revision, Kassation, Final Appeal

Letztinstanzliche Zivilverfahren zwischen  
Individualrechtsschutz und Rechtsfortbildung

Mohr Siebeck

*Julian Philipp Rapp*, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg; 2013 Erste Juristische Prüfung; 2015 Zweites Juristisches Staatsexamen; 2017 Master of Laws (LL.M.), University of Cambridge (Trinity College); 2017–18 Anwaltliche Tätigkeit in einer Revisionskanzlei am Bundesgerichtshof; 2018 Promotion; 2023 Habilitation; derzeit Privatdozent.  
orcid.org/0000-0002-0778-4173

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 530230571

ISBN 978-3-16-162776-7 / eISBN 978-3-16-162777-4

DOI 10.1628/978-3-16-162777-4

ISSN 0940-9610 / eISSN 2568-8472 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2024. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

© Julian Philipp Rapp.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International“ (CC BY-NC-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde von eplene in Bodelshausen aus der Stempel Garamond gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

*Meiner Familie*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als schriftliche Habilitationsleistung angenommen. Sie befindet sich auf dem Bearbeitungsstand Februar 2023. Für die Thematik besonders relevante Rechtsprechung und Gesetzesvorhaben – insbesondere die Umsetzung der EU-Verbandsklagenrichtlinie sowie die Regierungsentwürfe zur Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens beim BGH und des Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland – konnten bis August 2023 berücksichtigt werden.

An erster Stelle möchte ich meinem akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.), für die nunmehr 15jährige Betreuung und vertrauensvolle Begleitung durch das Universum der Juristerei bedanken, welche ich zunächst als studentischer und wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann als Doktorand und schließlich als Habilitand erfahren durfte. Dank gebührt auch Herrn Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago), für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Frau Victoria Marini hat es freundlicherweise unternommen, die Arbeit Korrektur zu lesen. Bedanken möchte ich mich ferner bei Frau Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab.), sowie dem Team des Verlags Mohr Siebeck für die exzellente Betreuung bis zur Drucklegung.

Großen Dank schulde ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, welche die Veröffentlichung der Arbeit in dieser Form durch eine großzügige Publikationsbeihilfe ermöglicht hat (Projektnummer: 530230571). Worte des Dankes möchte ich schließlich der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Freiburg im Breisgau e. V. – an dieser Stelle sei insbesondere ihr Vorsitzender, Herr Professor Dr. Karl-Reinhard Volz, genannt – für die Auszeichnung mit dem Albert-Bürklin-Forschungspreis 2023 sowie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für die Auszeichnung der Arbeit mit dem Rudolf-Haufe-Nachwuchsförderpreis 2023 aussprechen.

Gewidmet ist diese Arbeit meiner Familie – *heri, hodie, semper*.

Freiburg im Breisgau, im August 2023

Julian Rapp



# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI

## Teil I

### Vom Zweck des Revisionsverfahrens

§1 Prolegomena .....	3
§2 Historische Entwicklungslinien .....	18
§3 Die Revisionszwecke im geltenden Recht .....	74
§4 Die Entfaltung der Revisionszwecke im Verfahren .....	129

## Teil II

### Die Stellung und Arbeitsweise des Revisionsgerichts

§5 Die Stellung des Revisionsgerichts im Justizsystem .....	171
§6 Richter- und Anwaltpersönlichkeit am BGH .....	203
§7 Über den Stil und die Veröffentlichungspraxis höchstrichterlicher Entscheidungen .....	224

## Teil III

### Die Revisionszwecke im Rechtsvergleich

§8 Revision, Kassation, <i>final appeal</i> , <i>writ of certiorari</i> .....	263
§9 Das französische Kassationsmodell .....	276
§10 Das <i>appeal</i> -Modell im englischen Recht .....	313
§11 Das <i>certiorari</i> -Verfahren im US-amerikanischen Recht .....	338
§12 Vergleichende Bewertung .....	377

## Teil IV

### Die Effektivität des Revisionsverfahrens de lege lata et ferenda

§13 Die Stärkung der Rechtsfortbildungsfunktion des Revisionsgerichts .....	391
§14 Der Schutz vor einer Überlastung des Revisionsgerichts .....	464

Teil V  
Bewertung

§15 Epilegomena .....	493
Literaturverzeichnis .....	501
Verzeichnis ausländischer Urteile .....	544
Sachverzeichnis .....	557

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV

## Teil I

### Vom Zweck des Revisionsverfahrens

§1	Prolegomena .....	3
I.	<i>Courts of last resort</i> .....	3
1.	Wesen und Funktion des Revisionsrechts .....	5
a)	Individual- und Allgemeininteresse .....	5
b)	Rechtsvergleichende Divergenzen .....	6
aa)	Divergierende Selektionsmodelle .....	6
bb)	Rückwirkung auf das materielle Recht und Verfahrensrecht .....	8
2.	<i>Iustitia semper reformanda</i> .....	9
a)	Eine multipolare Konfliktlage .....	9
b)	Die ‚Flucht aus der Revision‘ .....	11
c)	Zielkonflikte .....	12
II.	Vom Zweck dieses Buches .....	13
1.	Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung .....	13
2.	Gang der Darstellung .....	16
§2	Historische Entwicklungslinien .....	18
I.	Die Anfänge im Alten Reich .....	18
1.	Appellation zum Reichskammergericht .....	20
a)	Funktion .....	20
b)	Bedeutung des Verfahrens .....	21
c)	Fortwirkung des Appellationsprozesses .....	23
2.	Die Überprüfung von Entscheidungen des Reichskammergerichts .....	25
a)	Funktion .....	25
b)	Entstehung der Revision .....	26
c)	Bewertung .....	28
3.	Revisionsmodelle in den Territorialstaaten .....	28
a)	Grundsatz .....	28
aa)	Revision als „letzte Übersehung“ .....	29
bb)	Substituierende Revision bzw. Oberappellation .....	30

b)	Preußen .....	31
aa)	Die preußische Allgemeine Gerichtsordnung .....	31
bb)	Innovation durch Entscheidungsbegründung .....	32
cc)	Unter französischem Einfluss .....	34
c)	Hannover .....	37
d)	Bayern .....	38
aa)	Der <i>Codex Juris Bavaricii Judiciarü</i> .....	38
bb)	Die Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten von 1869 .....	39
e)	Zwischenergebnis .....	40
4.	Bewertung .....	41
II.	Eine Höchstgerichtsbarkeit im Deutschen Bund .....	42
1.	Machterhalt in den Territorialstaaten .....	42
2.	Die Entstehung des Bundes-Oberhandelsgerichts .....	43
III.	Nach der Reichsgründung .....	45
1.	Vom ROHG zum Reichsgericht .....	45
2.	Der Erlass der Reichs-CPO .....	48
a)	Historisches Meinungsbild zum Ursprung der Revision als 'Rechtsberufung' .....	49
aa)	Ideologisches Umfeld .....	49
bb)	Positionierung der Wissenschaft .....	51
b)	Eine 'romanisierte' Oberappellation oder 'germanisierte' Kassation ..	52
aa)	Prüfungsrahmen und -kompetenz des Höchstgerichts .....	53
bb)	Verfahrensausgestaltung .....	54
c)	Institutionelle Stellung des Revisionsgerichts .....	56
c)	Die Determinierung des Revisionszwecks .....	57
aa)	Rechtsvereinheitlichung .....	57
bb)	Individualrechtsschutz .....	58
IV.	Die Fortentwicklung im 20. Jahrhundert .....	60
1.	Weimarer Republik .....	60
2.	Niedergang und Neubeginn .....	61
a)	Der Untergang des Reichsgerichts .....	61
b)	Ein neuer Rechtsrahmen für die Bundesjustiz .....	63
c)	Verfassungsrechtliche Einhegung .....	64
d)	Die Neuordnung des Revisionsrechts 1950 .....	65
e)	Die (fehlgeschlagene) Einführung einer Annahmrevision .....	66
V.	Das ZPO-Reformgesetz 2001 .....	68
1.	Defizite des seinerzeit bestehenden Zugangsmodells .....	68
2.	Neuordnung des Zugangsverfahrens .....	68
3.	Jüngere Reformen .....	70
VI.	Ergebnis .....	72
§3	Die Revisionszwecke im geltenden Recht .....	74
I.	Verfassungs- und europarechtliche Einhegung .....	74
1.	Ein Grundrecht auf Revision? .....	74
a)	Grundsatz .....	74
aa)	Keine subjektiv-rechtliche Verfassungsgarantie .....	75
bb)	Kein Rechtsschutz gegen den Richter .....	76
b)	Institutionelle Bestandsgarantie eines Revisionsgerichts .....	76

c)	Folgen für die Ausgestaltung des Zugangs zum Revisionsgericht . . . . .	78
aa)	Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers . . . . .	78
bb)	Keine gleichheitswidrige Ausgestaltung des Revisionszugangs . . . . .	79
cc)	Keine außerordentlichen Rechtsbehelfe bei nicht eröffneter Instanz . . . . .	81
d)	Zugangsschutz bei einer eröffneten Instanz . . . . .	83
aa)	Keine Verhinderung des Zugangs zum Revisionsgericht . . . . .	83
bb)	Verfassungsrechtliche Absicherung . . . . .	85
cc)	Das Gebot der Rechtsmittelklarheit . . . . .	86
dd)	Kontrolldichte verfassungsgerichtlicher Überprüfung . . . . .	87
e)	Zwischenergebnis . . . . .	89
2.	Anspruch auf Rechtsmittel aus supranationalem Recht? . . . . .	89
a)	Art. 6 Abs. 1 EMRK . . . . .	89
aa)	Kein Instanzenzug vorgegeben . . . . .	90
bb)	Besonderheiten letztinstanzlicher Verfahren . . . . .	91
b)	Recht der Europäischen Union . . . . .	92
c)	Zwischenergebnis . . . . .	92
II.	Die Determinierung der Revisionszwecke . . . . .	93
1.	Eine literarische Bestandsaufnahme . . . . .	94
2.	Die Zuordnung der Revisionszwecke de lege lata . . . . .	96
a)	Die Neuordnung durch das ZPO-RG . . . . .	97
b)	Ausgestaltung als Parteirechtsmittel . . . . .	99
c)	Rechtsmittelzulassung und Prüfungskompetenz im öffentlichen Interesse . . . . .	101
d)	Wesen und Funktion der Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	103
e)	Ein ‚Parteirechtsmittel im öffentlichen Interesse‘ . . . . .	103
aa)	Doppelfunktionalität . . . . .	103
bb)	Konkurrenzverhältnis zu anderen Prozesszwecken . . . . .	105
3.	Die funktionale Zweigliedrigkeit des Rechtsmittelsystems . . . . .	105
a)	Wandlungen des Berufungsrechtszugs . . . . .	105
b)	Komplementäraspekte zwischen Berufung und Revision . . . . .	106
aa)	Verfahrensparallelität . . . . .	106
bb)	Entscheidungsgrundlage . . . . .	107
cc)	Urteilsfindung . . . . .	111
c)	Bewertung . . . . .	111
4.	Zwischenergebnis . . . . .	112
III.	Rechtstatsächliche Feststellungen zum Revisionsverfahren . . . . .	113
1.	Der Geschäftsanfall . . . . .	113
a)	Revisionsverfahren . . . . .	113
aa)	Das Verhältnis der Verfahrensarten . . . . .	113
bb)	Verfahrensbeendigung . . . . .	115
cc)	Revisionseinlegungsquote . . . . .	115
b)	Das Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	117
aa)	Erfolgsaussichten . . . . .	117
bb)	Zulassungsquote als Steuerung der Arbeitsauslastung? . . . . .	118
c)	Rechtsbeschwerden . . . . .	120
d)	Zwischenergebnis . . . . .	121
2.	Ursachen: Der Einfluss des Kostenrechts auf das Revisionsverfahren . . . . .	121
a)	Bedeutung des Kostenrechts im Revisionsverfahren . . . . .	122

	b) Reformbedarf? .....	123
	3. Die vor dem BGH behandelten Sachmaterien .....	125
	a) Grundsatz .....	125
	b) Bewertung .....	126
IV.	Ergebnis .....	127
§4	Die Entfaltung der Revisionszwecke im Verfahren .....	129
I.	Die Funktion des Revisionszulassungsverfahrens .....	129
	1. Zulassungsgrund der Grundsatzbedeutung .....	130
	a) Klärungsbedürftigkeit und Klärungsfähigkeit .....	130
	b) Allgemeinbedeutung .....	131
	c) Entscheidungserheblichkeit und Ergebnisrelevanz .....	132
	2. Zulassungsgrund der Rechtsfortbildung .....	133
	3. Zulassungsgrund der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung .....	134
	a) Rechtssatzdivergenz .....	134
	b) Rechtsanwendungsfehler .....	136
	aa) Schwerwiegende Rechtsfehler .....	136
	bb) Offensichtlichkeit des Rechtsfehlers? .....	137
	cc) Wiederholungs- oder Nachahmungsgefahr .....	137
	dd) Bewertung .....	138
	c) Verfahrensgrundrechte und Willkürverbot .....	139
	aa) Grundsatz .....	139
	bb) Bedeutung im Revisionszulassungsverfahren .....	140
	d) Absolute Revisionsgründe .....	141
	e) Entscheidungserheblichkeit und Ergebnisrelevanz .....	142
	4. Pflicht zur Begründung der Zulassungsentscheidung? .....	143
	a) Verfassungsrechtliche Einhegung .....	143
	b) Rechtstatsächliche Rechtfertigung .....	144
	5. Die beschränkte Revisionszulassung .....	145
	6. Bewertung des Revisionszulassungsverfahrens .....	147
	a) Eine verdeckte Zugriffsrevision? .....	147
	b) Differenzierung zwischen materiellen und prozessualen Fehlern .....	147
	c) Verfassungsrechtliche Überfrachtung des Revisionsrechts .....	149
	7. Zwischenergebnis .....	151
II.	Die zulassungsfreie Revision .....	151
	1. Kollektiver Rechtsschutz .....	151
	2. Der BGH als Commercial Court? .....	152
	a) RegE eines Justizstandort-Stärkungsgesetzes .....	152
	b) Bewertung .....	153
III.	Prüfungsmaßstab und Konzentration des Prozessstoffs .....	155
	1. Der Prüfungsmaßstab des Revisionsgerichts .....	155
	a) Die Abgrenzung von Tat- und Rechtsfrage .....	155
	aa) Keine absoluten Abgrenzungsparameter .....	155
	bb) Funktionale Differenzierung .....	156
	b) Umfassende Rechtskontrolle .....	157
	c) Limitierte Tatsachenkontrolle .....	158
	2. Die Konzentration des Prozessstoffs .....	160
	a) Darlegungsanforderungen bei Sach- und Verfahrensrügen .....	160
	b) Das zivilprozessuale Subsidiaritätsprinzip .....	163

	c) Ergebniskausalität – absolute Revisionsgründe .....	164
IV.	Verfahrensbeendigung: Konfirmation, Kassation oder Reformation .....	165
	1. Grundsatz .....	165
	2. Bindungswirkung der Entscheidung .....	166
V.	Ergebnis .....	168

## Teil II

### Die Stellung und Arbeitsweise des Revisionsgerichts

§5	Die Stellung des Revisionsgerichts im Justizsystem.....	171
I.	Revisionsgericht und Bundesverfassungsgericht.....	171
	1. Revision und Nichtzulassungsbeschwerde als ‚präsumtive Verfassungsbeschwerde‘ .....	172
	a) Angleichung des Prüfungsmaßstabs .....	172
	b) Bedeutung der Anhörungsrüge .....	173
	2. Richterliche Rechtsfortbildung.....	174
	3. Rechtseinheit .....	175
	a) Grundsatz .....	175
	b) Großer Senat und Vereinigte Große Senate .....	176
	4. Bewertung .....	178
II.	Revisionsgericht und EuGH.....	179
	1. Vorabentscheidungsersuchen gem. Art. 267 AEUV .....	179
	2. Die Bedeutung des BGH .....	179
	a) Vorlagepflicht .....	180
	b) Verfassungsmäßige Absicherung.....	181
	3. Bewertung .....	183
III.	Revisionsgericht und EGMR .....	183
	1. Bedeutung der EMRK für das Zivilverfahrensrecht .....	183
	2. Rückwirkung auf das Revisionsrecht.....	185
IV.	Das Verhältnis zwischen den obersten Bundesgerichten .....	186
	1. Der Gemeinsame Senat als Austrägalinstanz .....	186
	2. Rechtstatsächliche Bedeutung .....	186
	3. Bewertung .....	188
V.	Revisionsgericht und Instanzgerichtsbarkeit .....	188
	1. Faktische Präjudizialität revisionsgerichtlicher Entscheidungen.....	188
	2. Nichtzulassungsbeschwerde als disziplinierendes Korrektiv.....	190
	3. Selbstbindung des Revisionsgerichts? .....	191
	a) Grundsatz .....	192
	b) Ausnahmen .....	193
	4. Bewertung .....	193
VI.	Revisionsgericht und (Bundes-)Gesetzgeber .....	194
	1. Das BGH als Innovationsmotor .....	194
	2. Die Korrektur gesetzgeberischer (Fehl-)Entscheidungen .....	197
	3. Bewertung .....	197
VII.	Revisionsgericht und Öffentlichkeit .....	198
	1. Bedeutung .....	198

2.	Reichweite der Medienöffentlichkeit . . . . .	199
a)	Rechtsvergleichende Gegenüberstellung . . . . .	199
b)	Umsetzung de lege lata et ferenda . . . . .	200
VIII.	Ergebnis . . . . .	202
§ 6	Richter- und Anwaltpersönlichkeit am BGH . . . . .	203
I.	Sozialisierung der Richterschaft am BGH . . . . .	203
1.	Rechtstatsächlicher Befund . . . . .	204
a)	Quis iudicabit? . . . . .	204
b)	Persönliche Homogenität der Richterschaft . . . . .	206
c)	Fachliche Homogenität der Richterschaft . . . . .	208
2.	Die Bedeutung des Richterwahlverfahrens . . . . .	209
a)	Entwicklung . . . . .	209
b)	Ablauf . . . . .	210
c)	Bewertung . . . . .	211
3.	Rückwirkungen auf das revisionsgerichtliche Verfahren . . . . .	213
II.	Die Rechtsanwaltschaft beim BGH . . . . .	214
1.	Bedeutung . . . . .	214
a)	Ursprung und Funktion . . . . .	214
b)	Rechtsvergleichende Perspektive . . . . .	216
2.	Rechtstatsächlicher Befund . . . . .	217
3.	Rechtfertigung für eine spezialisierte Anwaltschaft . . . . .	219
a)	Verfassungsrechtliche Einhegung . . . . .	219
b)	Anforderungen für die Wahl . . . . .	220
c)	Bewertung . . . . .	221
4.	Folgen für das revisionsgerichtliche Verfahren . . . . .	222
III.	Ergebnis . . . . .	223
§ 7	Über den Stil und die Veröffentlichungspraxis höchstrichterlicher Entscheidungen . . . . .	224
I.	Die Begründung von Revisionsurteilen . . . . .	224
1.	Formaler Aufbau . . . . .	225
2.	Syllogistischer Stil der Entscheidungsfindung . . . . .	226
3.	Bewertung . . . . .	227
a)	Blutleere Literaturfriedhöfe? . . . . .	227
b)	Pleonastischer Begründungs- und Zitierstil . . . . .	228
c)	Hypertrophe Leitsatzkultur . . . . .	230
4.	Die Entscheidungslänge . . . . .	231
II.	Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur . . . . .	233
1.	Hierarchie gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	233
2.	Bedeutung der rechtswissenschaftlichen Literatur . . . . .	234
a)	Grundsatz . . . . .	234
b)	Rechtsvergleichende Beobachtungen . . . . .	235
3.	Auseinandersetzung mit ausländischen Judikaten . . . . .	236
a)	Bedeutung der Rechtsvergleichung . . . . .	236
b)	Rechtstatsächlicher Befund . . . . .	238
c)	Bewertung . . . . .	239

4. Exkurs: Zitierung von Revisionsentscheidungen durch ausländische Gerichte .....	240
III. Die Publikation von Revisionsentscheidungen .....	243
1. Die Pflicht zur Veröffentlichung höchstrichterlicher Entscheidungen ...	243
a) Verfassungsrechtlicher Rahmen .....	243
b) Die Veröffentlichungspraxis an den Bundesgerichten .....	245
2. Verfügbarkeit in Datenbanken .....	246
3. Die amtliche Sammlung .....	248
4. Rechtsvergleichende Bewertung .....	249
a) Frankreich .....	249
b) Vereinigtes Königreich .....	250
aa) Veröffentlichungspraxis .....	250
bb) Umfang der <i>Law Reports</i> .....	251
c) USA .....	253
aa) US Supreme Court und Courts of Appeals .....	253
bb) State Courts .....	254
cc) Bewertung .....	256
5. Vergleichende Gegenüberstellung .....	257
a) Rechtsvergleichende Bruchlinien .....	257
b) Verbesserungspotenziale im deutschen Recht .....	258
IV. Ergebnis .....	259

### Teil III

#### Die Revisionszwecke im Rechtsvergleich

§8 Revision, Kassation, <i>final appeal</i> , <i>writ of certiorari</i> .....	263
I. Ein <i>Caveat</i> zur Rechtsvergleichung .....	263
1. Divergierende Funktionskonzepte .....	263
2. Divergierende Größe und Fallbelastung .....	265
3. Ein Ausschluss der Prozessrechtsvergleichung? .....	266
II. Rechtsvergleichender Überblick	
zu den Höchstinstanzen in Zivilsachen .....	267
1. Revision(sähnlich) .....	267
2. Kassation(sähnlich) .....	270
3. Appeal-Modelle .....	272
III. Zwischenbewertung .....	274
§9 Das französische Kassationsmodell .....	276
I. Historische Entwicklungslinien .....	276
1. Ursprünge .....	276
a) Royale Vorrechte in Frankreich .....	276
b) Die Entwicklung der Kassationsidee .....	278
c) Die Kassation (auch) als Parteirechtsbehelf .....	279
2. Die Gründung des Tribunal de Cassation .....	281
a) <i>Cour régulatrice du droit</i> .....	281
b) Institutionelle Stellung .....	283

	3. Festigung der Cour de Cassation als <i>Haute juridiction</i> .....	286
	4. Struktureller Fortbestand im 20. Jahrhundert .....	288
II.	Das Wesen des <i>pourvoi en cassation</i> .....	289
	1. Grundsatz .....	289
	2. Verfassungsrechtliche Absicherung .....	290
	3. Verhältnis zwischen <i>pourvoi en cassation</i> und <i>appel</i> .....	291
	4. Rechtstatsächliche Bedeutung und Perspektiven .....	292
III.	Ablauf des Verfahrens .....	294
	1. Verfahrenseinleitung .....	294
	2. Kassationsgründe .....	295
	a) Differenzierung zwischen Rechts- und Tatfrage .....	295
	b) Begründungspflichten der Parteien .....	296
	c) Die einzelnen <i>cas d'ouverture à cassation</i> .....	297
	aa) Bedeutung .....	297
	bb) Einzelheiten .....	298
	3. Verfahrensgang .....	300
	a) Grundsatz .....	300
	b) <i>Chambre mixte</i> und <i>Assemblée plénière</i> .....	302
	c) Die Funktion des <i>Procureur général près la Cour de cassation</i> .....	303
IV.	Die Kassationsbeschwerde im öffentlichen Interesse .....	304
	1. Die Kassationsbeschwerde „dans l'intérêt de la loi“ .....	304
	2. Die Kassationsbeschwerde „pour excès de pouvoir“ .....	305
V.	Verfahrensbeendigung .....	306
	1. <i>Cassation totale ou partielle</i> .....	306
	2. <i>Cassation sans renvoi</i> .....	307
VI.	Begründungsstil .....	308
	1. Grundsatz .....	308
	2. Reformperspektiven .....	309
VII.	Bewertung .....	310
§ 10	Das <i>appeal</i> -Modell im englischen Recht .....	313
I.	Historische Entwicklung .....	313
	1. Ursprünge .....	313
	a) Die Entstehung der Royal Courts .....	313
	b) Die Stellung des House of Lords .....	314
	c) Die Festigung des Instanzenzugs .....	315
	2. Die Reform durch die <i>Judicature Acts</i> .....	316
	a) Vereinheitlichungstendenzen .....	316
	b) Rechtsnatur des <i>appeal</i> .....	317
	3. Die Entwicklung im 20. Jahrhundert .....	319
	4. Die Woolf-Reformen .....	320
	a) Reduktion des Instanzenzugs .....	320
	b) Stärkung der rechtsfortbildenden Funktion .....	321
II.	Die Rechtsmittelzwecke <i>de lege lata</i> .....	322
III.	First appeals .....	323
	1. <i>Permission to appeal</i> .....	323
	2. Zulassungsverfahren .....	324
	3. Entscheidung über die Zulassung .....	325
	4. Entscheidungskompetenz .....	325

IV.	Second und third appeals .....	327
1.	Second appeal zum Court of Appeal .....	327
2.	Second oder third appeal zum UK Supreme Court .....	328
a)	Zulassungskriterien .....	329
b)	Zulassungsverfahren .....	331
c)	Mündliche Verhandlung .....	332
d)	Entscheidungskompetenz .....	333
e)	Begründungsstil .....	333
V.	Bewertung .....	335
1.	Rechtsmittelverständnis im englischen Recht .....	335
2.	Verfahrensausgestaltung .....	337
§ 11	Das <i>certiorari</i> -Verfahren im US-amerikanischen Recht .....	338
I.	Historische Entwicklung der Bundesgerichtsbarkeit .....	338
1.	Die Anfänge .....	339
2.	Expansion im 19. Jahrhundert .....	340
3.	Strukturveränderungen durch den Certiorari Act 1925 .....	341
a)	Von „obligation“ zu „discretion“ .....	342
b)	Ein gewandeltes Funktionsverständnis .....	342
c)	Deciding to decide .....	344
4.	Jüngere Entwicklungen .....	345
II.	Der <i>writ of certiorari</i> vor dem US Supreme Court .....	346
1.	Verfahrensrechtliches Grundraster .....	346
a)	Die Appellationsinstanz als <i>court of error</i> .....	346
b)	Verstärkte Normbildungstendenzen der intermediären Instanz .....	348
c)	Einfluss auf das Funktionsverständnis des US Supreme Court .....	349
2.	Entscheidungsfaktoren .....	351
a)	Supreme Court Rule 10 .....	351
b)	Verfahrenssteuerung .....	352
c)	Erfolgsfaktoren .....	353
aa)	Horizontale Divergenz ( <i>circuit split</i> ) .....	353
bb)	Vertikale (Abweichungs-)Divergenz .....	354
cc)	Die (verfassungsrechtliche) Bedeutung der Rechtsfrage .....	355
dd)	Die Beteiligung des Solicitor General .....	357
ee)	Die Erfolgsaussichten in der Sache .....	357
ff)	Der Ausschluss von Tatfragen und Einzelwertungen .....	358
gg)	Keine Korrektur einfacher Rechtsfehler .....	359
3.	Der Einfluss des Auswahlverfahrens .....	360
a)	ifp und paid cases .....	360
b)	Bedeutung der law clerks .....	361
c)	Die Zulassungsentscheidung .....	362
d)	Inhalt der Zulassungsentscheidung .....	363
4.	Zulassungsquote .....	364
5.	Entscheidungsart .....	366
a)	Summary disposition .....	366
b)	GVR order .....	367
c)	Oral argument und Entscheidung .....	367
6.	Entscheidungsstil .....	368
7.	Ergebnis .....	370

a) Stellenwert der Individualgerechtigkeit .....	370
b) Supreme Court Agenda Setting .....	372
III. Supreme Courts in den US-Bundesstaaten .....	373
1. New York .....	374
2. Kalifornien .....	375
3. Ergebnis .....	375
§ 12 Vergleichende Bewertung .....	377
I. Divergierende Rechtstraditionen .....	378
1. Grundsatz .....	378
2. Ursprünge .....	379
3. Prozessuale Funktionsdivergenzen .....	380
4. Prozessuale Funktionskonvergenzen .....	381
5. Rechtsanwendungsgleichheit .....	382
6. Entscheidungsstil .....	383
II. Rechtsvereinheitlichung des Rechtsmittelrechts? .....	384
1. Grundsatz .....	384
2. Model European Rules of Civil Procedure .....	385
3. Bewertung .....	387

## Teil IV

### Die Effektivität des Revisionsverfahrens de lege lata et ferenda

§ 13 Die Stärkung der Rechtsfortbildungsfunktion des Revisionsgerichts .	391
I. Die Flucht aus der Revision .....	391
1. Ursachen und Konsequenzen .....	392
a) Der Dieselskandal als Blaupause .....	392
b) Zivilprozessuale Strukturdefizite .....	393
c) Konsequenzen für die kollektive Rechtsdurchsetzung im Zivilprozess	394
aa) Überschneidungen .....	394
bb) Ineffiziente Verfahrensführung .....	396
cc) Beschränkte Entlastungseffekte .....	397
2. Die Beschränkung der Dispositionsmaxime de lege lata .....	398
a) Bisherige gesetzgeberische Maßnahmen .....	398
aa) Anerkenntnisurteil auf Antrag des Klägers .....	399
bb) Revisionsrücknahme mit Einwilligung des Beklagten .....	400
b) Bewertung .....	401
aa) Begrenzte Anreize im Individualprozess .....	401
bb) Verfahrensverzögerung .....	402
3. Kompensationsmittel des Revisionsgerichts praeter legem .....	403
a) Veröffentlichung von (internen) Hinweisbeschlüssen .....	403
b) Veröffentlichung interner Voten als Fachbeiträge .....	405
c) Hinweise im Instanzenzug .....	405
aa) Zurückverweisungsbeschlüsse gem. § 544 Abs. 9 ZPO .....	406
bb) Obiter dicta und ‚Segelanweisungen‘ .....	406
4. Urteilsbegründung trotz vorzeitiger Verfahrensbeendigung? .....	408

a)	Grundsatz	408
b)	Erweiterung bei Anerkenntnis, Verzicht und Erledigung?	409
c)	Erweiterung bei Rechtsmittelrücknahme?	410
aa)	Sicherung der Revisionszwecke	410
bb)	Keine schützenswerten Parteibelange	411
cc)	Überschreiten des richterlichen Mandats?	411
d)	Die Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens beim BGH	412
aa)	Grundstruktur	412
bb)	Defizitäre Ausgestaltung	413
e)	Bewertung	414
5.	Zwischenergebnis	414
II.	Die Stärkung des instanziiellen Zugangs	
	zum Revisionsgericht	415
1.	Die Sprungrevision ( <i>revisio per saltum</i> )	415
a)	Ausgangslage	415
b)	Rechtsvergleichende Bewertung	416
aa)	Leapfrogging im Vereinigten Königreich	417
(1)	Leapfrogging zum Court of Appeal	417
(2)	Leapfrogging zum UK Supreme Court	418
(3)	Bewertung	419
bb)	Sprungrevision in den USA	419
(1)	Certiorari before judgment	419
(2)	Bundesstaaten	420
(3)	Bewertung	420
c)	Reform des §566 ZPO?	421
2.	Musterverfahren	422
a)	Erscheinungsformen von Musterprozessen	422
b)	Der Status quo im geltenden Recht	423
aa)	Zivilprozess	423
bb)	Verwaltungsprozess	424
c)	Rechtsvergleichende Bewertung	424
aa)	Group litigation order	425
bb)	Financial markets test case scheme	425
cc)	(Faktische) <i>test cases</i> im Verfahrensrecht	427
d)	Umsetzung de lege ferenda	428
aa)	Vorteile eines Musterverfahrens	428
bb)	Zulässigkeit einer Verfahrensaussetzung	429
cc)	Bewertung	431
3.	Vorlageverfahren	431
a)	Grundsatz	431
b)	Rechtshistorische und -vergleichende Erscheinungsformen	432
aa)	Frankreich	433
(1)	Saisine pour avis	433
(2)	Question prioritaire de constitutionnalité	434
(3)	Bewertung	435
bb)	Niederlande	435
cc)	Vorabentscheidungsverfahren zum EuGH	437
dd)	Vorabentscheidungsverfahren zum EGMR	437
ee)	Vereinigte Staaten von Amerika	438

	(1) Entscheidungsvorlage zum US Supreme Court	438
	(2) Certified question-Verfahren der Federal Courts	440
	(3) Interlocutory appeals	442
	c) Bisherige Erfahrungen in Deutschland	444
	aa) Rechtsentscheid gem. § 541 ZPO a. F.	444
	bb) Vorlageverfahren de lege lata	445
	d) Die Einführung eines Vorlageverfahrens de lege ferenda	446
	aa) Mögliche Verfahrensausgestaltung	447
	bb) Vorteile	448
	cc) Verfassungs- und zivilprozessuale Zulässigkeit	450
	(1) Überschreitung des richterlichen Mandats?	450
	(2) Fehlendes kontradiktorisches Element der Rechtsfindung	451
	(3) Verstoß gegen die Dispositionsmaxime?	451
	e) Bewertung	452
	4. Zwischenergebnis	452
III.	Die Entkopplung von Streitentscheidung und Normbildung	454
	1. Eine Revision dans l'intérêt de la loi?	454
	a) Rechtsvergleichender Befund	454
	b) Bisherige Erfahrungen in Deutschland	455
	aa) Zivilprozess	455
	bb) Verwaltungsprozess	456
	c) Legitimation in Deutschland	457
	2. Advisory opinions oder Auslegungsrichtlinien im Zivilprozess?	458
	a) Advisory opinions	459
	aa) Kanada	459
	bb) Völkerrechtliche Ebene	459
	cc) Erfahrungen in Deutschland	460
	b) Auslegungsrichtlinien	461
	c) Bewertung	462
IV.	Ergebnis	463
§ 14	Der Schutz vor einer Überlastung des Revisionsgerichts	464
I.	<i>Supreme Courts under pressure</i>	464
II.	Die Reduktion revisibler Entscheidungen	465
	1. Funktion der <i>summa appellabilis</i>	465
	a) Rechtfertigung	466
	b) Reformüberlegungen: <i>de minimis non curat praetor</i>	468
	2. Einführung einer Zulassungsberufung	469
	a) Vergleich zum Verwaltungsprozess	469
	b) Übertragbarkeit auf den Zivilprozess?	471
	3. Anfechtbarkeit von Beschlüssen gem. § 522 Abs. 2 ZPO	472
	a) Status quo	472
	b) Bewertung	473
	c) Abschaffung von § 522 Abs. 3 ZPO?	473
	4. Zwischenergebnis	475
III.	Die Reform des Zulassungsverfahrens	475
	1. Pflicht zur stärkeren Konzentration des Prozessstoffs	475
	a) Problemlage	475
	aa) USA	476

bb) Vereinigtes Königreich .....	477
b) Übertragung auf das deutsche Recht? .....	477
2. Missbrauchsgebühren bei offensichtlich aussichtslosen Verfahren .....	478
a) Rechtsvergleichende Bestandsaufnahme .....	479
aa) Frankreich .....	479
bb) USA .....	479
b) §34 Abs.2 BVerfGG .....	480
c) Bewertung .....	481
3. Erleichterte Zurückverweisung der Sache im Erfolgsfalle .....	482
4. Zwischenergebnis .....	482
IV. Das Mündlichkeitsprinzip im Revisionsverfahren .....	483
1. Grundsatz .....	483
2. Durchbrechungen im Revisionsrechtszug .....	484
3. Rechtsvergleichender Überblick .....	486
4. Folgerungen für das Revisionsgericht .....	486
V. Erweiterung des Revisionsgerichts .....	488
VI. Ergebnis .....	489

Teil V  
Bewertung

§15 Epilegomena .....	493
I. Vom Zweck des Revisionsverfahrens .....	493
II. Die Stellung und Arbeitsweise des Revisionsgerichts .....	495
III. Die Revisionszwecke im Rechtsvergleich .....	496
IV. Die Effektivität des Revisionsverfahrens de lege lata et ferenda .....	499

Literaturverzeichnis .....	501
----------------------------	-----

Verzeichnis ausländischer Urteile .....	544
---	-----

I. EGMR .....	544
II. EuGH .....	545
III. Frankreich .....	545
IV. USA .....	547
V. Vereinigtes Königreich .....	553
VI. Andere .....	556

Sachverzeichnis .....	557
-----------------------	-----



## Abkürzungsverzeichnis

A./A.2d/A.3d	Atlantic Reporter (first/second/third series)
A.D./A.D.3d	New York's Appellate Division Reports (first/third series)
a. F.	alte Fassung
aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AC	Appeal Cases, Law Reports
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
ADR	Alternative Dispute Resolution
aE	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aff'd	affirmed
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGO	Allgemeine Gerichtsordnung
AJ Contrat	Actualité Juridique Contrat
AJDA	Actualité Juridique: Droit Administratif
AktG	Aktiengesetz
ALI	American Law Institute
ALLER	All England Law Reports
ALR	Allgemeines Landrecht/ Australian Law Reports
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. J. Pol. Science	American Journal of Political Science
Am. Pol. Sci. Rev.	American Political Science Review
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ARB	Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Ariz. St. L. J.	Arizona State Law Journal
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie

Art.	Artikel/article
AsylG	Asylgesetz
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVerwBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BDiszG	Bundesdisziplinalgesetz
BeckEuRS	Beck-Rechtsprechung Europa
BeckOK GG	Beck'scher Online-Kommentar Grundgesetz
BeckOK GVG	Beck'scher Online-Kommentar Gerichtsverfassungsgesetz
BeckOK VwGO	Beck'scher Online-Kommentar Verwaltungsgerichtsordnung
BeckOK ZPO	Beck'scher Online-Kommentar Zivilprozessordnung
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Bekl.	Beklagte/r
BerGer.	Berufungsgericht
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs, die nicht in der amtlichen Sammlung des BFH veröffentlicht werden
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Bundesgericht (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGG	Bundesgerichtsgesetz (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHReport	Schnelldienst zur Zivilrechtsprechung des Bundesgerichtshofs
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BNotO	Bundesnotarordnung
BOHG	Bundes-Oberhandelsgericht
BOHGE	Entscheidungen des Bundes-Oberhandelsgerichts
BPatG	Bundespatentgericht
BPO	Bürgerliche Prozessordnung
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesrat-Drucksache
BSG	Bundessozialgericht
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BT-PlenProt.	Plenarprotokolle des Bundestags

Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles de la Cour de Cassation
Bull. crim.	Bulletin des arrêts de la chambre criminelle de la Cour de Cassation
BusLR	Business Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
C. J.	Chief Justice
C. J. Q.	Civil Justice Quarterly
C. O. J.	Code de l'Organisation Judiciaire
C. P. C.	Code de procédure civile / Codice di procedura civile
C. P. L. R.	Civil Practice Law and Rules
C. P. R.	Civil Procedure Rules
Cal. C. C. P.	California Code of Civil Procedure
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cal.App. 4th	California Courts of Appeal Cases, 4 <sup>th</sup> edition
Cam. L. J.	Cambridge Law Journal
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
Cass. ass. plén.	Cour de Cassation, Assemblée plénière
Cass. ch. mixte	Cour de Cassation, Chambre mixte
Cass. req.	Cour de Cassation, Chambre des requêtes
Cath. U. L. Rev.	Catholic University Law Review
CE	Conseil d'État
cert. den.	certiorari denied
Ch.	Chancery Division, Law Reports / chapter
Cir.	Circuit
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
Civ. 1re/2e/3e	Première/deuxième/troisième Chambre civile
Civ.	Chambre civile
CLR	Commonwealth Law Reports
CMR	Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Com.	Commercial
Common L. Rev.	Common Law Review
Cons. const.	Conseil constitutionnel
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
Cornell Law Q.	Cornell Law Quarterly
CPO	Civilprozeßordnung (1877)
D.	Recueil Dalloz

D. C.	District of Columbia
D. C.Cir.	District of Columbia Circuit
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DC	Décision du Conseil constitutionnel
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Dig.	Digesten
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DP	Recueil périodique et critique mensuel Dalloz (vor 1941).
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRpfl	Deutsche Rechtspflege
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
Duke J. Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative & International Law
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf
ECLI	European Case Law Identifier
EG	Ehrengabe
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
ELI	European Law Institute
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	et alii
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRCh	Europäische Grundrechte-Charta
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland
EWCA Civ	Court of Appeal (England and Wales) (Civil Division)
EWHC (Admin)/ (Comm)	High Court (England and Wales) (Administrative/ Commercial Court)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
F./F.2d/F.3d	Federal Reporter (first/second/third Series)
f./ff.	folgend(e)
F.App'x	Federal Appendix
F.Cas.	Federal Cases

F. R. A. P.	Federal Rules of Appellate Procedure
F. R. C. P.	Federal Rules of Civil Procedure
F. R. D.	Federal Rules Decisions
F.Supp.	Federal Supplement
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fed. Cir.	Federal Circuit
Fed. Prac. & Prod.	Federal Practice and Procedure
FG	Finanzgericht
FGG a. F.	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (a. F.)
FGO	Finanzgerichtsordnung
fhi	forum historiae iuris
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
G.	Gesetz
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GBL	Gesetzblatt
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Genossenschaftsgesetz
GenTG	Gentechnikgesetz
Geo. L. J.	The Georgetown Law Journal
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS OGB	Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes
GO	Geschäftsordnung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungssammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVR order	grant, vacate, remand order
GVRZ	Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
H. L. (Cas)	House of Lords (Cases)
H. R.	House of Representatives
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings L. J.	Hastings Law Journal

HGB	Handelsgesetzbuch
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben
ICLR	Incorporated Council of Law Reporting for England and Wales
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
ifp	in forma pauperis
IGH	Internationaler Gerichtshof
Ind. L. Rev.	Indiana Law Review
InsO	Insolvenzordnung
Int. Ed.	International Edition
Int'l J. Legal Info.	International Journal of Legal Information
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRB	IP-Rechtsberater
IR	Informations rapides du Recueil Dalloz
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
iSd/iSv	im Sinne des/von
iVm	in Verbindung mit
J. Appellate Practice and Process	Journal of Appellate Practice and Process
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J. Soc. P. T. L.	Journal of the Society of Public Teachers of Law
J.	Judge/Justice/Journal
J. R.	Judicial Review
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCP	Juris-Classeur périodique (La Semaine Juridique)
JCP G	Juris-Classeur périodique, édition générale
JCP S	Juris-Classeur périodique, édition sociale
JMBL	Justizministerialblatt
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
K. B.	King's Bench (law reports)
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
King's L. J.	King's Law Journal
Kl.	Kläger/in
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
L.Ed./L.Ed.2d	United States Supreme Court Reports, Lawyers' Edition (first/second series)
L. J.	Lord Justice/Law Journal
L. Q. R.	Law Quarterly Review
L. R.	Law Reports
LG	Landgericht
li.	linke(r)
LM/LMK	Lindenmaier-Möhring
M. L. R.	The Modern Law Review

mAnm	mit Anmerkung
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MERCP	Model European Rules of Civil Procedure
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MMR	Multimedia und Recht
Mont. L. Rev.	Montana Law Review
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchKommFamFG	Münchener Kommentar zum FamFG
MünchKommStGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MünchKommVVG	Münchener Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
MünchKommZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
mwN	mit weiteren Nachweisen
n.	note
N. C. L. Rev.	North Carolina Law Review
N. E./N. E.2d	North Eastern Reporter (first/second series)
N. W./N. W.2d	North Western Reporter (first/second series)
N. Y./N. Y.2d	New York Reports (first/second series)
N. Y. L. J.	New York Law Journal
N. Y. S./N. Y. S.2d	New York Supplement (first/second series)
N. Y. U. L. Rev.	New York University Law Review
nF	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
NLJ	New Law Journal
No.	number/numéro
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
Nr.	Nummer
NRS	National Reporting System
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NY App. Div.	New York Supreme Court, Appellate Division
NY Ct. App.	New York State Court of Appeals
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZB	Nichtzulassungsbeschwerde
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
obs.	observation
OGH	(Österreichischer) Oberster Gerichtshof
OGHG	Bundesgesetz über den obersten Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht

OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
öZPO	österreichische Zivilprozessordnung
P./P.2d	Pacific Reporter (first/second series)
Pa. Bar Ass'n Q.	Pennsylvania Bar Association Quarterly
PatAnwO	Patentanwaltsordnung
PatG	Patentgesetz
PD	practice direction(s)
PKH	Prozesskostenhilfe
PM	Pressemitteilung
Procédures	Revue procédures
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
Prot.	Protokoll
PUAG	Untersuchungsausschussgesetz
Pub.L.	Public Law
Q. B.	Queen's Bench, Law Reports
R. S. C.	Revised Statutes of Canada
r+s	Recht und Schaden
RA	Reichsabschied
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat- recht
RAO	Rechtsanwaltsordnung (1878)
rapp.	rapporteur
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdW	Recht der Wirtschaft
re.	rechte/r
Rec. Ass'n N. Y. City	Record of the Association of the Bar of the City of New York
Rec. Cons. const.	Recueil des décisions du Conseil constitutionnel
RegE	Regierungsentwurf
RePro	Revista de Processo
Rev	Revue
RevGer.	Revisionsgericht
RFH	Reichsfinanzhof
RG proc.	Revue Générale des procédures
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsräte-Kommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RiWG	Richterwahlgesetz
RKG	Reichskammergericht
RKGO	Reichskammergerichtsordnung
RM	Reichsmark
Rn.	Randnummer
ROHG	Reichs-Oberhandelsgericht
ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
RRa	Reiserecht aktuell
Rs.	Rechtssache
RsprEinhG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil

RuP	Recht und Politik
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite/Satz/siehe
S. C. A.	Supreme Court Act (Kanada)
S. C. C.	Supreme Court Cases (Kanada)
S. C. L. Rev.	South Carolina Law Review
S. C. R.	Supreme Court Rules (UK/USA)
S.Ct.	Supreme Court Reporter
S. E.	South Eastern Reporter (first series)
S. I.	Statutory Instrument
S. W.	South Western Reporter (first series)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
schwZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung
sec.	section
ser.	series
SFr.	Schweizer Franken
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
So.	Southern Reporter (first series)
Soc.	Chambre Sociale, Cour de Cassation
Somm.	Sommaire
Sp.	Spalte
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Stat.	United States Statutes at Large
StBG	Steuerberatergesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Stra.	Strange's King's Bench Reports
StuW	Steuer und Wirtschaft
Suffolk U. L. Rev.	Suffolk University Law Review
Sup. Ct. Econ. Rev.	Supreme Court Economic Review
Sup. Ct. Rev.	Supreme Court Review
Texas L. Rev.	Texas Law Review
Thomas Jefferson L. Rev.	Thomas Jefferson Law Review
Tit.	Titel
Tz.	Textziffer
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. Richmond L. Rev.	University of Richmond Law Review
U. S.	United States Supreme Court Reports
U. S. C.	United States Code
UAbs.	Unterabsatz
UCLA J. of Int. L. and For. Affairs	University of California, Los Angeles, Journal of International Law and Foreign Affairs
UCLA L. Rev.	University of California, Los Angeles, Law Review
UKHL	House of Lords of the United Kingdom

UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UKPC	Privy Council of the United Kingdom
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UKSC PD	Supreme Court of the United Kingdom, Practice Direction
UmwG	Umwandlungsgesetz
UrhG	Urheberrechtsgesetz
Urt.	Urteil
UStG	Umsatzsteuergesetz
Utrecht L. Rev.	Utrecht Law Review
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Val. U. L. Rev.	Valparaiso University Law Review
Var.	Variante
VDuG	Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz
VerfO	Verfahrensordnung
VersR	Versicherungsrecht
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Virginia J. of Int'l. L.	Virginia Journal of International Law
VO	Verordnung
vol.	volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Volksrepublik
VRUG	Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof (Österreich)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
W. B. R.	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering
WarnRspr	Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen des Reichsgerichts
Wash. & Lee L. Rev.	Washington and Lee Law Review
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
Yale L. J.	Yale Law Journal
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZChinR	Zeitschrift für chinesisches Recht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht

ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPO-RG	ZPO-Reformgesetz
ZRG (GA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Germanistische Abteilung)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM(-RD)	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (– Rechtsprechungsdienst)
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZP Int	Zeitschrift für Zivilprozess International. Jahrbuch des internationalen Zivilprozessrechts
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht



Est modus in rebus, sunt certi denique fines,  
quos ultra citraque nequit consistere rectum.

*Horaz Sermones I 1 106–107*



*Teil I*

Vom Zweck des Revisionsverfahrens



## §1 Prolegomena

### I. Courts of last resort

Die Kontrolle und Korrektur richterlicher Entscheidungen durch eine übergeordnete Instanz ist als rechtsstaatliche Errungenschaft nahezu jedem Rechtssystem der Welt inhärent.<sup>1</sup> Für eine institutionalisierte Gerichtsorganisation ist dabei wesensprägend, dass an deren pyramidaler Spitze ein oder mehrere Höchstgerichte thronen,<sup>2</sup> die als Bundesgerichtshof, Oberster Gerichtshof, Cour de Cassation, Court of Appeal oder Supreme Court nicht nur zur letztverbindlichen Entscheidung über individuelle Rechtsstreitigkeiten, sondern auch zur Fortbildung des Rechts – in vielen Staaten mit präjudizieller Wirkung – befugt und berufen sind.<sup>3</sup> Nach *Baron Neuberger of Abbotsbury*, Präsident des UK Supreme Court (2012–2017), sind *Courts of last resort* daher durch eine Aufgabendichotomie gekennzeichnet:

„The function of any supreme court is authoritatively to clarify and develop the law, and to correct errors and inconsistencies in decisions of lower courts. The supreme court of any country is therefore a public affirmation of that country’s commitment to the rule of law in its widest sense, and to access to justice in its most significant form.“<sup>4</sup>

Diese – historisch tief verwurzelte<sup>5</sup> – Funktionsbelegung, welche sich insbesondere im (gesetzlich meist restringierten) Zugang zum Höchstgericht widerspiegelt,<sup>6</sup> bringt zugleich einen wesensimmanenten Widerspruch des Rechtsmittelverfahrens zum Vorschein: Zwar dient der Zivilprozess als Parteiverfahren vorrangig der Durchsetzung subjektiver Rechte und der Verwirklichung von Individualge-

---

<sup>1</sup> *Herzog/Karlen*, Attacks on judicial decisions, in: Cappelletti (Hrsg.), International Encyclopedia of comparative law, Vol. XVI, Rn. 8–135; s. ferner *Platto* (Hrsg.), Civil appeal procedures worldwide, passim. Zur Frage, ob es sich insoweit um die Gewährung von Rechtsschutz *gegen* den Richter handelt, vgl. *Vofßkuhle*, Rechtsschutz gegen den Richter, S. 255 ff., sowie noch sub §3. I. 1.

<sup>2</sup> Bildlich zur Dreistufigkeit des Zivilprozesses nach dem ZPO-RG: BT-Drs. 14/4722, S. 62 ff.; aus rechtsvergleichender Perspektive *Stürner*, Die Anfechtung von Zivilurteilen, S. 31 ff.

<sup>3</sup> Zu den in Deutschland bestehenden Besonderheiten aufgrund einer aus dem Instanzenzug ausgegliederten Verfassungsgerichtsbarkeit nach österreichischem Modell vgl. *Tushnet*, Comparative Constitutional Law, in: Reimann/Zimmermann (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Law, S. 1225, 1244 ff.

<sup>4</sup> *Neuberger*, Foreword, in: Wijffels/van Rhee (Hrsg.), European Supreme Courts: A Portrait through History, S. 7.

<sup>5</sup> Zur historischen Entwicklung ausführlich sub §2.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu die rechtsvergleichende Analyse sub §§ 8 ff.

rechtigkeit.<sup>7</sup> Die Funktion eines Höchstgerichts ist indes (auch, überwiegend oder nahezu ausschließlich) an einem vom Individualrechtsstreit emanzipierten öffentlichen<sup>8</sup> bzw. überindividuellen<sup>9</sup> und zukunftsbezogenen Interesse ausgerichtet, indem grundlegende Rechtsfragen geklärt, das Recht fortgebildet und die einheitliche Rechtsanwendung durch die Untergerichte gewährleistet werden. Vor dem Court of last resort sind das privatnützige Anliegen der unterlegenen Prozesspartei zur Fehlerkorrektur und das Interesse der Allgemeinheit an der Klärung rechtsgrundsätzlicher Fragen daher untrennbar miteinander verwoben:<sup>10</sup> Durch Individualrechtsstreitigkeiten wird das Recht fortgebildet, was wiederum reflexiv auf die jeweilige Streitentscheidung zurückwirkt. Nach *Benjamin Cardozo* sind (fehlerhafte) Einzelfallentscheidungen dabei nur „the algebraic symbols from which the court is to work out the formula of justice.“<sup>11</sup>

Die divergierenden Rechtsmittelzwecke zur Streitentscheidung und Normbildung stehen in einem – auch verfassungsrechtlich bedeutsamen<sup>12</sup> – Spannungsverhältnis,<sup>13</sup> da bei einem vornehmlich im öffentlichen Interesse agierenden Höchstgericht die Richtigkeitsgewähr im Einzelfall zunehmend in den Hintergrund tritt.<sup>14</sup> Vice versa kann ein letztinstanzliches Gericht, das zur Korrektur jedes Rechtsfehlers verpflichtet ist, seine Aufgabe zur Rechtsfortbildung in Form von *grands arrêts* nur eingeschränkt wahrnehmen, was wiederum das abstrakte Interesse des Rechtsschutz suchenden Individuums an einer funktionsfähigen und entwicklungs-offenen Justiz sowie an der Fortentwicklung der Gesamtrechtsordnung berührt. Höchstgerichte als ‚Diener zweier Herren‘ sehen sich in ihrer Funktionszuweisung daher oftmals zwischen *Skylla* und *Charybdis* gefangen, wobei ein ideales Rechtsmittelsystem, das den Interessen der Parteien *und* der Öffentlichkeit in gleichem Maße gerecht wird, schon aufgrund begrenzter personeller und sächlicher Justizressourcen unmöglich ist. Dementsprechend muss der Gesetzgeber eine

<sup>7</sup> BVerfGK 18, 105 Rn. 20 mwN; umfassend zum Verhältnis zwischen Individualrechtsschutz und Rechtsfortbildung im Prozessrecht: *Damaška*, *The Faces of Justice*, S. 88 ff.

<sup>8</sup> Grundlegend zum Begriff *Viotto*, *Das öffentliche Interesse*, S. 15 ff.

<sup>9</sup> Hierzu *Thiere*, *Die Wahrung überindividueller Interessen im Zivilprozess*, S. 4.

<sup>10</sup> *Maultzsch*, *Streitentscheidung und Normsetzung durch den Zivilprozess*, S. 266; zuvor (mit teils abweichendem Ansatz) schon *Paulus* ZZP 1958, 188, 196 („unaufhebbare Antinomie“).

<sup>11</sup> *Cardozo*, *The Jurisdiction of the Court of Appeals of the State of New York*, S. 11; s. auch *Kern* RePro 228, ano 39, fevereiro 2014, S. 15, 21 („Public interests‘ are, or should be, the sum of weighted private interests which an individual may not fully appreciate in his or her particular situation, but which on a larger scale are prerequisites for a coherent society.“).

<sup>12</sup> Ausführlich sub § 3.I. und § 5.I. Zwei der bislang fünf Plenarentscheidungen des BVerfG (§ 16 BVerfGG) zielten unmittelbar auf die Ausgestaltung des Rechtsmittelsystems der ZPO ab: BVerfGE 54, 277 ff. (zur verfassungskonformen Auslegung von § 554b ZPO aF [Annahmerevision]) und BVerfGE 107, 395 ff. (zur fachgerichtlichen Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör [basierend auf §§ 545–547 ZPO aF]).

<sup>13</sup> Vgl. *Schwinge*, *Grundlagen des Revisionsrechts*, S. 33 ff. A priori widersprüchlich ist die grundsätzliche Bedeutung einer Rechtssache und die rechtsfehlerfreie Entscheidung im Einzelfall dagegen nicht, da diese durch die ‚richtige‘ Rechtsfortbildung auch korrekt entschieden wird (ähnlich *Ball* FS Musielak, S. 27; BT-Drs. 14/4722, S. 66).

<sup>14</sup> Vgl. BT-Drs. 14/4722, S. 66.

Wertentscheidung durch eine möglichst optimale Gewichtung und Zuordnung der widerstreitenden Verfahrenszwecke treffen.<sup>15</sup>

## 1. Wesen und Funktion des Revisionsrechts

### a) Individual- und Allgemeininteresse

Auch der Erisapfel des deutschen Revisionsrechts, welches zuletzt im Jahr 2001 eine grundlegende Reform erfahren hat,<sup>16</sup> ist die „alte wie neue Frage nach Sinn und Zweck des Rechtsmittels der Revision“.<sup>17</sup> Dient die III. Instanz vorrangig den Interessen der Parteien oder wird bzw. sollte die Rechtsschutz suchende Partei für den Revisionsrechtszug im öffentlichen Interesse mediatisiert und – wie *Calamandrei* es formulierte – zu einem ‚Vehikel‘ für das Gemeininteresse (*strumento della utilità collettiva dello Stato*<sup>18</sup>) funktionalisiert werden? Nach *Friedrich Stein* bedient sich der Staat für jedes Verfahren vor dem Höchstgericht „des Parteiegoismus zur Erreichung seiner höheren Ziele, ohne dass die Partei sich dieses öffentlichen Dienstes bewusst wird“,<sup>19</sup> obwohl in den Worten des ehemaligen Präsidenten des BGH, *Gerd Pfeiffer* (1977–1987), der einzelne kein Interesse daran hat, „die Klärung juristischer Grundsatzfragen zu finanzieren“.<sup>20</sup>

In der Modellvorstellung des deutschen Gesetzgebers soll das Revisionsgericht jedoch ausschließlich bei rechtsgrundsätzlichen Fragen, die im Allgemeininteresse eine höchstrichterliche Entscheidung erfordern, unmittelbar angerufen werden können (vgl. § 543 Abs. 2 ZPO), da nur eine Revision, die sich in erster Linie an den Auswirkungen einer Entscheidung auf die Allgemeinheit orientiert, dem Höchstgericht „eine maximale Wirkungsbreite“ sichert.<sup>21</sup> Damit scheint der Individual-

<sup>15</sup> Ähnlich *Kern* RePro 228, ano 39, fevereiro 2014, S. 15, 17 („a continuum between private purpose and public purpose“).

<sup>16</sup> Gesetz zur Reform des Zivilprozesses (ZPO-RG) v. 27.07.2001, BGBl. I 1887.

<sup>17</sup> *Geiß* (Festvortrag, in: ders./Lange [Hrsg.], 100 Jahre Bürgerliches Gesetzbuch – 50 Jahre Bundesgerichtshof, S. 25, 26) bemerkte dazu: „Tief ist der Brunnen der Vergangenheit des Diskurses über diese Thematik und vielfach ausgeschöpft in den Argumenten für und gegen den jeweiligen Standpunkt. Gelehrsamkeit und Scharfsinn selbst werden Neues dazu nicht mehr erfinden.“ Vgl. ferner *Henke*, Die Tatfrage, S. 191.

<sup>18</sup> Vgl. *Calamandrei*, Opere giuridiche (Volume VII – La Cassazione civile [parte seconda]), sub 64 (S. 135): „E il privato che ricorre in Cassazione stimolato dal proprio interesse individuale, si fa, pur senza saperlo, strumento della utilità collettiva dello Stato, il quale, in cambio di questo servizio che il ricorrente presta al raggiungimento di uno scopo pubblico, gli concede, coll’annullare nell’interesse della legge la sentenza basata su un errore di diritto, la possibilità di ottenere, in una ulteriore trattazione del merito, una nuova sentenza favorevole al suo interesse individuale.“

<sup>19</sup> *Stein/Juncker*, Grundriss des Zivilprozessrechts und des Konkursrechts, S. 301. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine amtswegige Urteilkontrolle in der Regel wenig effektiv ist (vgl. näher *Cabrillo/Fitzpatrick*, The Economics of Courts and Litigation, S. 66ff., sowie noch sub § 13. III. 1.).

<sup>20</sup> *Pfeiffer* NJW 1999, 2617, 2618.

<sup>21</sup> BT-Drs. 14/4722, S. 66 re.Sp. Diese Ausgestaltung des Zugangs zur höchsten Instanz ist keine Besonderheit des Zivilverfahrensrechts. Alle obersten Gerichtshöfe sollen vorrangig Fragen grundsätzlicher Bedeutung klären (vgl. § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO, § 72 Abs. 2 Nr. 1 ArbGG,

rechtsschutz augenscheinlich hinter die Funktionszwecke des Revisionsverfahrens im öffentlichen Interesse zurückzutreten. Ein näherer Blick offenbart jedoch – wie nachfolgend gezeigt werden soll – ein differenziertes Bild. Denn trotz des prima facie klar formulierten Funktionsauftrags des Gesetzgebers an das Höchstgericht liegen gesetzgeberische Wunschvorstellungen und die justizielle Realität sowie bisweilen sybillinisch formulierte, legislative Zielvorgaben und deren verfassungsrechtliche Einhegung teilweise weit auseinander.<sup>22</sup>

## b) Rechtsvergleichende Divergenzen

### aa) Divergierende Selektionsmodelle

Auch eine rechtsvergleichende Einbettung des Zivilverfahrensrechts fördert bei der Determinierung der janusköpfigen Rechtsmittelzwecke mehr Schatten als Licht zutage: Obschon sich nahezu alle Justizsysteme in westlicher Rechtstradition mit dem gleichen Zielkonflikt konfrontiert sehen – Individual- und Kollektivinteressen letztinstanzlich in ein möglichst ‚optimales‘ Verhältnis zu setzen – und die Dichotomie zwischen *private purpose* and *public purpose* letztlich in allen Rechtsordnungen vorhanden ist,<sup>23</sup> haben sich diametral entgegengesetzte Modelle zu dessen Auflösung entwickelt, die tief in der jeweiligen Rechtstradition verwurzelt sind und – trotz gemeinsamer Wertvorstellungen – seit Jahrzehnten jeder Rechtsvereinheitlichung zu trotzen scheinen.

Obwohl privatnützige Zwecke aufgrund des adversatorischen Charakters des Zivilverfahrens immer zu einem gewissen Grad existent sein werden, haben alle Höchstgerichte einen zukunftsgerichteten Funktionsauftrag im öffentlichen Interesse. Je restriktiver der Zugang zum Höchstgericht dabei ausgestaltet ist – im Extremfall obliegt die Annahme allein dem freien Ermessen des *iudex ad quem* –, desto mehr tritt jedoch der Gedanke des Individualrechtsschutzes zugunsten der Rechtsfortbildungsfunktion in den Hintergrund. Bei einer Grobkartierung des französischen Kassations-, des englischen *appeal*- und des US-amerikanischen *certiorari*-Modells als Referenzrahmen<sup>24</sup> lassen sich dabei drei Verfahrensstrukturen (freie Zugangs-, Misch- und Annahmemodelle) detektieren (Abb. 1).<sup>25</sup>

§132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO, §160 Abs. 2 Nr. 1 SGG, §115 Abs. 2 Nr. 1 FGO); BGH und BFH haben zudem das Recht fortzubilden (§543 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Var. 1 ZPO, §115 Abs. 2 Nr. 2 Var. 1 FGO). Zudem soll eine einheitliche Rechtsprechung gesichert (§543 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Var. 2 ZPO, §115 Abs. 2 Nr. 2 Var. 2 FGO) bzw. Divergenzen in den unteren Instanzen bereinigt werden (§132 Abs. 2 Nr. 2 VwGO, §72 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG, §160 Abs. 2 Nr. 2 SGG).

<sup>22</sup> Ausführlich noch sub §3.III.

<sup>23</sup> Umfassend *Jolowicz*, Managing Overload in Appellate Courts – ‚Western Countries‘, in: Wedekind (Hrsg.), Justice and Efficiency, S. 71, 74ff.; *ders.*, General Report, in: Yessiou-Faltsi (Hrsg.), The Role of the Supreme Courts at the National and International Level, S. 37, 39ff. Vgl. aus jüngerer Zeit zudem *van Rhee/Fu*, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Supreme Courts in Transition in China and the West, S. 1, 5.

<sup>24</sup> Ausführlich zum Rechtsvergleich sub §§8ff. Zur Rechtslage in den nordischen Ländern vgl. *Øyrehagen Sunde*, From Courts of Appeal to Courts of Precedent – Access to the Highest Courts in the Nordic Countries, in: van Rhee/Fu (Hrsg.), Supreme Courts in Transition in China

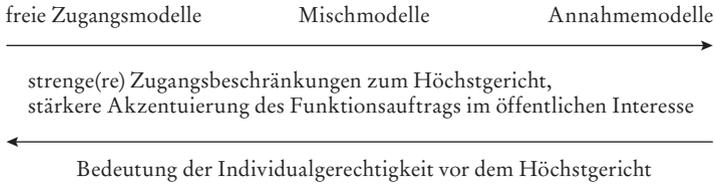


Abb. 1: Divergierende Selektionsmodelle.

Kassationsmodelle ermöglichen einen nahezu unbeschränkten Zugang zum Höchstgericht, z. B. zur französischen Cour de Cassation oder – mit nuancierten Unterscheidungen – zur italienischen Corte Suprema di Cassazione. Die Parteien können dabei mit der Behauptung der Rechtsverletzung (*violazione o falsa applicazione di norme di diritto*)<sup>26</sup> eine Überprüfung der vorinstanzlichen Entscheidung erreichen; ein Beschwerdewert oder eine Zulassung durch den iudex a quo ist nicht notwendig. Der ungehinderte Zugang zum Höchstgericht legt damit einen starken Fokus auf die Verwirklichung individueller Privatrechte und auf die umfassende Realisierung einer inner- und intra-instanziellen Rechtsanwendungsgleichheit, läuft indes Gefahr, richtungsweisenden Entscheidungen zur Rechtsfortbildung in der Überfülle der für die Fortentwicklung der Rechtsordnung ‚unbedeutenden‘ Verfahren nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken zu können.

Diametral entgegengesetzt finden sich ermessensabhängige Annahmemodelle zum Höchstgericht, wofür das *certiorari*-Verfahren vor dem US Supreme Court paradigmatisch herangezogen werden kann: Die Annahme des Rechtsmittels wird in das freie Ermessen des Höchstgerichts gestellt, welches davon sehr sparsam Gebrauch macht („Writs of certiorari are matters of grace.“<sup>27</sup>). Die Verwirklichung subjektiver Rechte und der Schutz der Individualgerechtigkeit als Fundament einer liberalen Privatrechtsordnung werden damit zugunsten eines ermessenslenkenden öffentlichen Interesses in den Hintergrund gedrängt. Das Höchstgericht ist in der Ausübung seiner rechtsprechenden Tätigkeit frei und kann die Fallselektion aktiv als Instrument zur Gestaltung der Privatrechtsordnung (*agenda setting*) nutzen,<sup>28</sup> wohingegen der einzelne Rechtsstreit allein als Blaupause dient, um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu adressieren.

and the West, S. 53 ff.; für das Recht der osteuropäischen Staaten vgl. *Bobek* 57 Am. J. Comp. L. 33 (2009).

<sup>25</sup> Dabei sind auch strukturelle Angleichungen der verschiedenen Modelle möglich; so weist etwa das – historisch an das französische Recht angelehnte – Kassationsmodell in den Niederlanden inzwischen deutliche Ähnlichkeiten zum Revisionsmodell auf (näher *Verkerk/van Rhee*, The Supreme Cassation Court of the Netherlands, in: van Rhee/Fu [Hrsg.], *Supreme Courts in Transition in China and the West*, S. 77, 84).

<sup>26</sup> Art. 360 Abs. 1 Nr. 3 Codice di procedura civile.

<sup>27</sup> *Wade v. Mayo* 334 U.S. 672, 680 (1948).

<sup>28</sup> Vgl. dazu *Sommer*, *Supreme Court Agenda Setting – Strategic Behavior during case selection*, S. 1 ff.; *Flemming*, *Tournament of Appeals – Granting judicial review in Canada*, S. 1 ff. (für das kanadische Recht) sowie noch sub § 11. II. 7. b).

Das deutsche Revisionsmodell nimmt *prima vista* eine vermittelnde Position zwischen diesen Kontrapunkten ein: Auf Ebene der Berufungsinstanz erfolgt eine Vorselektion zugunsten rechtsgrundsätzlicher Fragen durch den *iudex a quo*, im Übrigen eine Entscheidungskontrolle durch den *iudex ad quem* im Rahmen der Nichtzulassungsbeschwerde (vgl. §§ 543, 544 ZPO).<sup>29</sup> Die höchstinstanzlich rügefähigen Rechts- und Verfahrensfehler (*errores in procedendo et iudicando*) sind indes beschränkt,<sup>30</sup> sodass nicht jede Fehlentscheidung (im Sinne eines Widerspruchs zu geltendem materiellen oder Verfahrensrecht) zu einer Aufhebung der Entscheidung führen muss. Ein solches Mischmodell kann dabei sowohl in anderen europäischen Staaten mit Revisionstradition<sup>31</sup> als auch im common law-Rechtskreis identifiziert werden, da auch der Zugang zum UK Supreme Court,<sup>32</sup> entweder ein *leave to file an appeal* des *iudex a quo* oder eine *permission* durch den *iudex ad quem* erfordert.

#### *bb) Rückwirkung auf das materielle Recht und Verfahrensrecht*

Der Ausgestaltung des Court of last resort kommt dabei erheblicher Einfluss auf die Architektur der jeweiligen Privatrechtsordnung zu: Während bei einem niederschweligen Zugang auch Rechtsgebiete mit typischerweise kleinem Streitwert höchstrichterlich adressiert und vereinheitlicht werden können, stehen bei einem selektiv agierenden Höchstgericht, dessen Anrufung meist mit erheblichem Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist, grundrechtssensible oder wirtschaftlich bedeutsame Materien im Vordergrund, wohingegen die privatrechtsfortbildende Funktion in der Breite auf die intermediäre Instanz verlagert wird. Der Ausfall höchstrichterlicher Präjudizien – insbesondere in sozial bedeutsamen Bereichen wie dem Verbraucher-, Miet- und Arbeitsrecht – kann insoweit zu einer Versteinierung der Rechtsordnung führen, da von der Judikative keine Impulse zur Fortentwicklung des Rechts mehr ausgehen können. Zudem kann eine höchstrichterlich ungeklärte Rechtslage die individuelle Rechtsdurchsetzung deutlich erschweren und mit besonderem Nachdruck alternative Rechtsdurchsetzungsmechanismen – gerade im Bereich von Streu- und Massenschäden – notwendig machen.<sup>33</sup>

Die Stellung des Höchstgerichts hat zudem bedeutsame innerprozessuale Konsequenzen: Je enghaschiger das Höchstgericht eine Kontrolle über das Prozessverhalten in der Vorinstanz ausübt, desto eher kann eine Partei mit der Rüge der Verletzung prozessualer Normen mit Erfolg durchdringen. Dies wird im stark verfassungsrechtlich präformierten deutschen Revisionsrecht offenbar, in dessen Rahmen die Verletzung prozessrechtlicher Bestimmungen regelmäßig die Revision zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung begründet.<sup>34</sup> Zieht es das

<sup>29</sup> Teilweise entscheidet auch der *iudex a quo* allein über die Zulassung, vgl. z. B. § 70 FamFG.

<sup>30</sup> Dazu noch sub § 4. I. 3. b) und c).

<sup>31</sup> Näher sub § 8. II. 1.

<sup>32</sup> Näher sub § 10. IV. 2.

<sup>33</sup> Zu den einzelnen Mechanismen vgl. insbesondere noch sub § 13. II.

<sup>34</sup> Näher sub § 4. I. 3. c).

Höchstgericht – wie etwa der UK und US Supreme Court<sup>35</sup> – dagegen vor, der Vorinstanz einen weitreichenderen Entscheidungsspielraum zu belassen, prozessuale Fragen nur im Ausnahmefall zu beantworten und sich auf Präjudizien des materiellen Rechts zu konzentrieren, wird die Bedeutung des Verfahrensrechts als Rechtsmaterie mit einem eigenständigen Gerechtigkeitswert „durch Verfahren“<sup>36</sup> nicht unerheblich abgeschwächt und den Unter- und Mittelinstanzen ein weitreichender Freiraum bei der Verfahrensführung zuerkannt.<sup>37</sup>

## 2. Iustitia semper reformanda

### a) Eine multipolare Konfliktlage

Die großen Umbauten des Prozessrechts – nicht zuletzt durch das ZPO-Reformgesetz 2001,<sup>38</sup> mit dem der Zivilprozess „bürgernäher, effizienter und transparenter“<sup>39</sup> gestaltet werden sollte –, die seit Jahrzehnten andauernde Diskussion um die Stärkung der alternativen Streitbeilegung, die Rolle der Verbraucherrechtsdurchsetzung sowie die Instrumentalisierung des Zivilprozesses im Kollektivinteresse<sup>40</sup> zeigen die rechtspraktische Bedeutung des Zivil- und des Revisionsverfahrens im Besonderen für einen modernen Rechtsstaat schlaglichtartig auf. Es wäre daher verfehlt, die Bedeutung des Revisionsgerichts auf die Antinomie zwischen Individualrechtsschutz und Rechtsfortbildung zu reduzieren. In der geltenden Rechtsordnung beschränkt sich die Stellung des Bundesgerichtshofs als zivilprozessuales Letztgericht nicht auf einen *locus amoenus*, in dem frei von den Zwängen des Tatrichters über grundsätzliche Rechtsfragen räsoniert werden kann. Denn anders als seine historischen Vorgänger und Pendant im common law-Rechtskreis<sup>41</sup> ist der BGH nicht allein Supervisionsinstanz über die nachgeordneten Instanzen, son-

<sup>35</sup> Näher sub § 10. IV. 2. und § 11. II. 2. c); s. speziell zur Kontrolle von Ermessensentscheidungen im englischen Recht: *Andrews*, On Civil Processes, Rn. 15.74 ff.

<sup>36</sup> Vgl. *Schafft*, Selektion von Rechtsmittelverfahren, S. 148.

<sup>37</sup> Für den englischen Zivilprozess konstatierte Lord *Collins* (in *Re Coles v. Ravenshear* [1907] 1 K. B. 1 (CA) at [4]) etwa: „Although I agree that a Court cannot conduct its business without a code of procedure, I think that the relation of rules of practice to the work of justice is intended to be that of handmaid rather than mistress, and the Court ought not to be so far bound and tied by rules, which are after all only intended as general rules of procedure, as to be compelled to do what will cause injustice in the particular case.“ Dagegen *Jacob* (The Fabric of English Civil Justice, S. 63 ff.), wonach „the true relation between substantive and procedural law should be redefined in terms of the primacy of substantive law and the supremacy of procedure. [...] The supremacy of procedure is the practical way of securing the rule of law, for the law is ultimately to be found and applied in the decisions of the courts in actual cases.“ Vgl. zum deutschen Recht *Boehmer*, Grundlagen der Bürgerlichen Rechtsordnung, S. 95 („dienende Funktion“); selbst der BGH (NJW 1960, 1947, 1948) konstatierte Anfang der 1960er Jahre: „Die Verfahrensbestimmungen der Prozessordnungen sind nur Hilfsmittel für die Verwirklichung oder Wahrung von Rechten; [...]“.

<sup>38</sup> BGBl. 2001 I 1887.

<sup>39</sup> So die erklärte Zielsetzung des ZPO-RG, vgl. BT-Drs. 14/4722, S. 1.

<sup>40</sup> Vgl. jüngst *Bruns* NJW 2018, 2753 ff.

<sup>41</sup> Dazu noch sub § 2 I.–III. und §§ 10, 11.

dern in einen Justizverbund aus nationalen und supranationalen Gerichten eingebunden.<sup>42</sup>

Das Revisionsverfahren adressiert dabei eine multipolare Konfliktlage: Es ist einerseits – trotz mitgliedstaatlicher Verfahrensautonomie – tief verwoben in den kontinuierlich wachsenden Kanon des europäischen Privatrechts und den Dialog zwischen EuGH und EGMR. Teilweise wird das Revisionsgericht gar in eine Mediatorenrolle zwischen dem europäischen und dem deutschen Gesetzgeber bei der (defizitären) Umsetzung europäischer Vorgaben in nationales Recht gedrängt.<sup>43</sup> Andererseits nimmt das Revisionsrecht heute mehr denn je auch eine quasi-verfassungsprozessuale Filterfunktion wahr, indem der Zugang zur Individualverfassungsbeschwerde bereits auf fachgerichtlicher Ebene limitiert wird („vorgelagertes Verfassungsrecht“).<sup>44</sup>

Wie die Rechtsordnung insgesamt, befindet sich dabei auch das Zivilprozessrecht in einem steten Wandel begriffen, was sich nicht nur in den seit Jahren sinkenden Eingangszahlen<sup>45</sup> und einer personellen Unterbesetzung der Ziviljustiz,<sup>46</sup> sondern auch in den geänderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zeigt. Das Revisionsrecht wird zu einem Brennglas für diese Transformationsprozesse: Zivilverfahren werden komplexer, umfangreicher und internationaler, insbesondere mit Blick auf die tiefgreifende europarechtliche Durchdringung weiter Teile des Privatrechts und die Notwendigkeit einer Rechtsklärung im Mehrebenensystem. Der kollektive Rechtsschutz und die Verbraucherrechtsdurchsetzung nehmen stetig an Bedeutung zu<sup>47</sup> und haben sich zu Stolpersteinen für die Ziviljustiz entwickelt, da bislang keine adäquate Antwort auf die damit verbundenen Herausforderungen gefunden werden konnte. Der Justizstandort Deutschland für

<sup>42</sup> Dazu noch sub § 5. I.–V.

<sup>43</sup> Dazu noch sub § 5. VI. 2.

<sup>44</sup> Dazu noch sub § 5. I. 1.

<sup>45</sup> S. hierzu Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistischer Bericht: Zivilgerichte [2022] (online <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/statistischer-bericht-zivilgerichte-2100210227005.html> [22.08.2023]): Zwischen 2005 und 2020 ist bei den Amtsgerichten ein Rückgang der Neuzugänge von 1.400.724 auf 852.907 Verfahren zu verzeichnen; vor den Landgerichten von 424.525 auf 366.296 (nur Streitige Zivilverfahren). Umfassend zur Entwicklung *Meller-Hanich/Höland/Nöbre et al.*, Erforschung der Ursachen des Rückgangs der Eingangszahlen bei den Zivilgerichten ([https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachinformationen/Abschlussbericht\\_Eingangszahlen\\_Zivilgerichte.html?nn=110490](https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachinformationen/Abschlussbericht_Eingangszahlen_Zivilgerichte.html?nn=110490) [22.08.2023]); *Greger* MDR 2023, 810 ff.

<sup>46</sup> Vgl. zum „Pakt für den digitalen Rechtsstaat“: [https://www.bmj.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2022/0927\\_Pakt\\_Rechtsstaat.html](https://www.bmj.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2022/0927_Pakt_Rechtsstaat.html) [22.08.2023].

<sup>47</sup> Dazu *Bruns*, Umsetzung der EU-Verbandsklagerichtlinie in deutsches Recht, S. 1 ff.; *Meller-Hannich*, Gutachten A zum 72. DJT, A 1 ff.; *dies./Gsell*, Die Umsetzung der neuen EU-Verbandsklagenrichtlinie – Gutachten über die Umsetzung der europäischen Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher (RL [EU] 2020/1828) ins deutsche Recht, S. 1 ff. ([https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/02/03/21-02-04\\_vzbv\\_verbandsklagen-rl\\_gutachten\\_gsell\\_meller-hannich.pdf](https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/02/03/21-02-04_vzbv_verbandsklagen-rl_gutachten_gsell_meller-hannich.pdf) [23.08.2023]); sowie die RL EU/2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, ABl. L 409/1.

## Sachverzeichnis

- advisory opinions 458 ff.  
Allgemeine Gerichtsordnung (1793) 31 f.  
Altes Reich 18 ff.  
Ancien Régime 276 ff.  
Anerkennsurteil 394, 399 f.  
Anhörungsrüge 81 f., 173 f.  
Annahmerevision 66 f.  
appeal (UK) 316 ff.  
– first ~ 323 ff.  
– leapfrog ~ 320, 328, 417 ff.  
– second ~ 327 ff.  
– third ~ 328 ff.  
– Zulassungskriterien 329 ff.  
appeal per saltum, *siehe* Sprungrevision  
appel 291 f., 294  
Appellation 20 ff., 28 ff., 37 ff.  
arrêt  
– non spécialement motivé 145, 288, 301, 311  
– de principe 249 f.  
arrêts de règlement 277, 281  
Assemblée plénière 288, 302 ff., 434  
Auslegungsrichtlinien 461  
Austrägalinstanz 64, 77, 186 ff.  
Australian High Court 272 f.  
Avocats au Conseil 216 f., 296
- Begründungspflicht 143 ff.  
beneficium novorum 26, 29, 55  
Berufung 105 ff., 416, 457, 464, 469 ff.  
Beschwerdewert 465 ff.  
BVerfG 64 f., 74 ff., 171 ff., 243 ff., 480 f.  
BGHZ-Sammlung 248 f.  
binding precedent 167, 191 f., 256, 322, 337, 381 ff., 418  
BOHGE 44 f.  
brief of amicus curiae 356, 361  
Bulletin des arrêts 249, 434
- Bundes-Oberhandelsgericht 43 ff.  
Bundesgesetzgeber 194 ff.
- California Supreme Court 255, 375  
cas d'ouverture à cassation, *siehe* Kassationsgründe  
cassation  
– dans l'intérêt de la loi 38, 55, 304 f., 454  
– platonique 38, 454 f.  
– pour excès de pourvoi 305 f.  
– sans renvoi 307 f.  
cert. pool 316 f.  
certified question-Verfahren 349, 438 ff.  
Certiorari Act (1925) 341 ff.  
certiorari before judgment 419 f.  
Chambre des Requêtes 282, 288  
Chambre mixte 302 f.  
Circuit Courts 339  
Circuit Courts of Appeal 341  
circuit  
– precedent 354  
– riding 341  
– split 353 f., 439  
Codex Juris Bavaricii Judiciarii (1753) 38 f.  
Commercial Court 71, 152 f.  
Commissaire du Roi 303 f.  
Conseil Constitutionnel 290 ff., 434 f.  
Conseil des Parties 278 ff.  
Conseil du Roi 277 ff., 314  
Consilia 23  
contra duae conformes 53, 328  
Corte Suprema di Cassazione 7, 270 f.  
Cour d'Appel 239, 270, 291 f., 294  
Cour de Cassation 6 f., 54 ff., 232, 239, 242, 249 ff., 286 ff., 379 ff., 433 ff., 479, 486  
Court of Appeal (UK) 317 ff.  
Court of Appeals (USA) 254, 346 ff., 438 ff., 453

- Court of Chancery 314  
 Court of Exchequer Chamber 314f.  
 CPO 1877 48ff., 106, 159, 166, 214, 483f.  
 curia regis 23, 277, 314
- Deutscher Bund 42  
 Dispositionsmaxime 158, 394, 398ff., 451f.  
 dissenting opinion 226, 334, 364ff., 384  
 Divergenz 65, 85ff., 134ff., 149, 176ff.,  
     189ff., 302, 328, 353ff., 374f., 439, 445f.,  
     470  
 Divergenzvorlage 176f., 189, 445  
 diversity jurisdiction 440
- EGMR 90ff., 153ff., 236, 245, 301, 437f.,  
     460  
 Erfahrungssätze 102, 110, 159  
 EuGH 92, 179ff., 233ff., 437, 460  
 EuGrCh 92
- Federal Appendix 254  
 federal question jurisdiction 340ff., 351  
 Federal Reporter 253f.  
 Federal Rules of Appellate Procedure 348,  
     477, 479, 486  
 final judgment rule 442  
 financial markets test case scheme 425ff.  
 formation  
 – de section 270, 300f.  
 – plénière 300f.  
 – restreinte 270, 288, 300f.
- Gemeinsamer Senat der obersten Gerichts-  
     höfe des Bundes 64, 175f., 186ff., 446  
 germanischer Prozess 18f.  
 Geschäftsanfall 113ff.  
 gesetzlicher Richter 83, 85f., 139, 333  
 Gleichheitssatz, allgemeiner 67, 79f., 140f.,  
     222, 293  
 Große Senate 176ff.  
 Group Litigation Order 425  
 Grundrecht auf Revision 74ff.  
 Grundsatzbedeutung 130ff.  
 GVR order 367
- Herrenchiemseer Konvent 63  
 High Court 250ff., 266, 317, 417ff.
- Hinweisbeschlüsse 403ff.  
 Hoge Raad 239ff., 265, 435f., 454f., 458  
 Horror pleni 176, 187  
 House of Lords 314ff., 329ff., 419
- ICLR 250ff.  
 in forma pauperis 318, 345, 360  
 Individualverfassungsbeschwerde 10, 64,  
     77, 83, 118, 144, 172ff., 191, 293, 473  
 interlocutory appeals 442ff.  
 Interlokute 21, 432
- Judicature Acts (1873/1875) 316ff.  
 Judiciary Act (1789) 339f.  
 jury trial 347  
 Justizgewährungsanspruch 11, 74, 83f.,  
     122, 172, 174, 198, 244, 421, 448, 481f.
- Kameraljurisprudenz 227, 259  
 KapMuG 396f., 423, 449  
 Kassationsgründe 295ff.  
 kollektiver Rechtsschutz 151f., 396  
 Konzentration des Prozessstoffs 475ff.  
 Kostenrecht 121ff.
- law clerks 208, 348, 361ff.  
 Law Reports 250ff., 315  
 leapfrog appeal, *siehe* appeal  
 Leitentscheidungsverfahren 71, 412ff.  
 Leitsätze 225, 230f.
- Master of the Rolls 322, 417  
 mémoire ampliatif 296  
 Missbrauchsgebühren 478ff.  
 Model European Rules of Civil Procedure  
     385f.  
 moyens en cassation 54, 296f.  
 Mündlichkeitsprinzip 483ff.  
 Musterprozesse 422ff.
- Nallet-Report 293  
 National Reporter System 253  
 Nationalsozialismus 61f.  
 New York  
 – Court of Appeals 374f.  
 – Law Reporting Bureau 255  
 – Supreme Court 374

- Nichtigkeitsbeschwerde 35 ff., 40 ff., 50  
 Nichtzulassungsbeschwerde 8, 103, 117 ff.,  
 171 ff., 190 f., 464 ff.  
 Norddeutscher Vorentwurf 38  
 Nullitätsquerel 20 f., 35  
  
 Oberappellation 29 ff., 37 ff., 52 ff.  
 Oberappellationsgericht 37 ff.  
 Oberster Gerichtshof für die britische  
 Zone 62  
 obiter dicta 135, 167, 309, 334, 406 f., 411 f.  
 Öffentlichkeitsgrundsatz 141, 198 ff., 219  
 Official Reporter 248, 257  
 OGH 241, 268  
 Ordonnance Civile touchant la réformation  
 de la justice (1667) 280 f.  
 Ordonnance de Blois (1579) 279  
  
 Pandektenwissenschaft 34  
 parlements 276 ff.  
 permission to appeal 323 ff.  
 ~ application 266, 331 f.  
 pourvoi en cassation 35, 69, 145, 265, 289 ff.  
 Präjudiz 167, 188 ff., 254 ff., 287, 461  
 – negatives ~ 12, 391 ff.  
 – ~ienbuch 34  
 Präsidialrat 210 ff.  
 prerogative writ 313 ff.  
 privilegia de non appellando 22, 30 ff.  
 Procureur général près la Cour de cassation  
 303 f.  
 Procureur-Generaal (Hoge Raad) 436  
 Prozessordnung in bürgerlichen Rechts-  
 streitigkeiten (1869) 39 f.  
  
 question prioritaire de constitutionalité  
 434 f.  
  
 rechtliches Gehör 81 f., 117, 139 ff., 149 f.,  
 164, 173, 406, 424, 445, 478 ff.  
 Rechtsanwaltschaft beim BGH 214 ff.  
 – Wahlausschuss 221 f.  
 Rechtsbehelf, außerordentlicher 28, 81 ff.,  
 265, 289  
 Rechtsbeschwerde 81 ff., 112, 114, 120, 445,  
 465  
 Rechtsentscheid in Mietsachen 444 ff.  
  
 Rechtsfortbildungstatsachen 160  
 Rechtsmittelklarheit 81 f., 86 f., 139  
 référé législatif 284 f.  
 reformatio in peius 100  
 rehearing 106 f., 317, 324, 384  
 Reichsgericht 45 ff.  
 Reichshofrat 19  
 Reichskammergericht 19 ff.  
 Reichskammergerichtsordnung 20 ff.  
 Reichskammergerichtsvisitation 25 ff.  
 Reichs-Oberhandelsgericht 45 ff.  
 Reichsrechtshof 55  
 rejet non spécialement motivé 145, 288,  
 301, 311, 381 f.  
 Reporter of Decisions 253, 368  
 Réseau des Présidents des Cours Suprêmes  
 237  
 Responen 23  
 retrial 316, 340  
 Revision  
 – zulassungsfreie ~ 151 ff.  
 – ~seinlegungsquote 115 f.  
 Revisionsgründe, absolute 141 f., 161, 164 f.  
 Revisionsrücknahme 394, 410 ff., 457  
 Revisionsurteil  
 – Begründung 224 ff.  
 – Bindungswirkung 166 f.  
 – Entscheidungslänge 231 ff.  
 – Publikation 243 ff.  
 Revisionszulassung 129 ff.  
 – beschränkte ~ 145 ff.  
 – Grundsatzbedeutung 130 ff.  
 – Rechtsanwendungsfehler 136 f.  
 – Rechtsfortbildung 133  
 – Sicherung einer einheitlichen Rechtspre-  
 chung 134 ff.  
 – Verfahrensgrundrechte 139 ff.  
 Revisionszwecke 57 ff., 93 ff.  
 Revisoren 26 f.  
 Revisorium 38 f.  
 RGZ-Sammlung 47  
 Rheinischer Revisions- und Kassations-  
 senat 34 f.  
 Richterschaft am BGH 203 ff.  
 – Wahlausschuss 210 f.  
 – Wahlverfahren 209 ff.  
 right to appeal 75, 321

- ROGHE 44 f.  
 Royal Courts 313 ff.  
 Rule of Four 362 f., 439
- Sachrüge 160 ff.  
 saisine pour avis 433 ff.  
 Schweizerisches Bundesgericht 268 f.  
 Segelanweisungen 167, 406 f.  
 Selbstbindung des Revisionsgerichts 191 ff.  
 seriatim opinions 334, 369  
 Singularzulassung 214 f.  
 Solicitor General 357  
 Sprungrevision 415 ff.  
 stare decisis 175, 189 f., 252, 379  
 Streitwertrevision 60, 65  
 Subsidiaritätsprinzip, zivilprozessuales  
 163 f.  
 summa appellabilis 21, 27, 30, 55, 59, 465 ff.  
 – *siehe* auch Beschwerdewert  
 summary disposition 366 f.  
 supplication au roi 277  
 Supplikation 25, 29  
 Supreme Court Rules (UK) 329 ff.  
 Supreme Court Rules (USA) 350 ff.  
 Syndikatsklage 25 f.
- Tatfrage 53, 155 ff., 295, 318, 325 f., 358,  
 380  
 test case 335, 419, 424 ff.  
 Tribunal de Cassation 281 ff.  
 Tribunal Judiciare 292  
 two court rule 358
- UK Supreme Court 8, 199 f., 250 ff., 263 ff.,  
 320 ff., 328 ff., 418 f., 425 ff., 477 f.  
 United States Reports 253  
 unpublished opinions 254 ff.  
 Urteilsschelte 19, 39  
 US Supreme Court 7, 232, 253 f., 264 ff.,  
 338 ff., 419 f., 438 ff., 476 ff.
- Vereinigte Große Senate 176 f., 302  
 Vereinigte Zivil- und Strafsenate 47  
 Verfahrensrüge 103, 108, 111 f., 144, 158 f.,  
 160 ff.  
 Verfassungsgerichtsbarkeit 63 f., 263 f.  
 Versäumnisurteil 408 ff.  
 Vertreter  
 – des Bundesinteresses 456 f.  
 – des öffentlichen Interesses 456 f.  
 Verzichtsurteil 408 ff.  
 voie de recours extraordinaire 55, 289  
 Vorabentscheidungsverfahren 179 ff.  
 Vorlageverfahren 431 ff.
- Weimarer Republik 60  
 Willkür 79, 84 ff., 139 ff., 182, 193  
 Woolf-Reformen 320 ff.  
 writ of certiorari 342 ff., 419 f., 439, 476 f.  
 writ of error 314 ff., 340 ff.  
 ZPO-Reformgesetz 9 f., 68 ff., 97 ff.
- Zulassungsberufung 469 ff.  
 Zulassungsgründe, *siehe* Revisionszulas-  
 sung  
 Zweigliedrigkeit, funktionale 105 ff.